



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften	8
	Außenpolitik	9
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklung.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften	11
	Außenpolitik	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Im August stand die Eigentumsfrage im Zentrum der Berichterstattung der lokalen Medien, die einen der schwierigsten Punkte in den Friedensverhandlungen darstellt. Akinci und Anastasiades waren in wichtigen Aspekten dieser Frage im Juli zu einer Einigung gekommen. Laut der Vereinbarung soll in einer zukünftigen Lösung der Zypernfrage das Recht auf Eigentum für Einzelpersonen berücksichtigt werden. Des Weiteren soll eine unabhängige Kommission strittiger Eigentumsfragen basierend auf den Prinzipien Restituierung, Kompensation oder Tausch lösen. Die Vereinbarung rief auf beiden Seiten negative Reaktionen hervor: Akinci wurde von den türkischen Zyprioten angegriffen, da jene befürchten, ursprünglich griechisch-zypriotisches Eigentum aufgeben zu müssen, während griechisch-zypriotische Hardliner Anastasiades vorwerfen, die rechtmäßigen Eigentümer mit den „Eigentumsräubern“ gleichzustellen.

Akinci sagte in diesem Zusammenhang, dass die griechisch-zypriotische Presse, was Eigentums- und territoriale Fragen betrifft, nicht die Wahrheit berichtet habe und fügte hinzu, dass bisher lediglich die Kriterien Teil des Verhandlungsprozesses gewesen seien.

Hinsichtlich der Eigentumsfragen und des Rechts auf Rückkehr ehemaliger Eigentümer, bezog sich der Generalsekretär der Republican Turkish Party – United Forces (CTP-BG), Tufan Erhurman, auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und sagte, dass das Recht auf Eigentum ein Men-

schenrecht sei, was jedoch nicht automatisch eine Rückgabe des Eigentums zur Folge habe. Eigentum sei ein materieller Wert und könne mit Geld kompensiert werden.

Die türkisch-zypriotische Außenministerin Emine Colak sagte, dass eine Einigung in der Eigentumsfrage direkte Auswirkungen auf die Kosten einer Lösung haben werde. Eine Lösung werde finanzielle Kosten verursachen und man müsse darüber nachdenken, wie diese Kosten gedeckt werden könnten. Obwohl beide Seiten über Restitution, Kompensation und Tausch redeten, sei es sehr wahrscheinlich, dass die Eigentumsfrage in den meisten Fällen durch Kompensationszahlungen gelöst werde, und dies werde Geld kosten. Der derzeitige Prozess sei eine einmalige Gelegenheit, die Zypernfrage endgültig zu lösen. Colak sagte, dass der gute Wille auf beiden Seiten ein Grund für Optimismus sei. Die beiden Volksgruppenvertreter hätten zunächst weniger kontroverse Themen mit mehr Aussicht auf Erfolg besprochen und die schwierigen Themen wie Eigentum, Garantiemächte und territoriale Fragen auf später verschoben. Was die Eigentumsrechte betreffe, sagte Colak in einem Interview mit der griechisch-zypriotischen Tageszeitung *Kathimerini*, müssten sowohl die Rechte der vorherigen sowie die der derzeitigen Eigentümer berücksichtigt werden. Die Vorstellung, dass alle griechischen wie auch türkischen Zyprioten ihr Eigentum zurückerhalten, sei nicht realistisch. Mit ihrer Aussage, dass die türkischen Zyprioten nicht behaupten könnten, dass sie das griechisch-zypriotische Eigentum 1974 übernommen und die griechischen Zyprioten heute kein

Recht darauf hätten, rief Colak scharfe Kritik von Seiten der Hardliner hervor.

Die griechisch-zypriotische Tageszeitung *Politis* berichtete von einer weiteren Entwicklung, wonach griechische Zyprioten ihr Eigentum im Norden an andere griechische Zyprioten verkaufen und zwar zu einem höheren Preis als von der türkisch-zypriotischen Eigentumskommission (Immovable Property Commission, IPC)¹ vorgesehen, jedoch unter dem Marktwert im Süden. Besonders in dem Zeitraum zwischen Januar 2014 und März 2015 wurden 124 Immobilien im Norden von griechischen Zyprioten an andere griechische Zyprioten verkauft. Besonders im Hinblick darauf, dass das griechisch-zypriotische Kabinett 2015 ein Gesetz verabschiedete und die Immobilientransaktionssteuer für den Norden abschaffte, besteht der Verdacht, dass einige griechische Zyprioten Immobilien im Norden zu einem niedrigeren Preis kaufen, um im Falle einer Lösung, die derzeit wahrscheinlicher erscheint als 2004, eine höhere Kompensation zu erzielen. Im Norden lebende britische Staatsbürger zeigten sich ebenfalls besorgt darüber, was mit den von ihnen erworbenen Immobilien im Falle einer Lösung geschieht, da sich die Mehrzahl ihrer

¹ Die Immovable Property Commission wurde im Rahmen des Eigentumsgesetzes Nr. 67/2005 und in Übereinstimmung mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall Xenides-Arestis gegen die Türkei geschaffen. Dadurch sollte ein wirksamer Rechtsbehelf im Zusammenhang mit sich im Norden befindenden aufgegebenem Eigentum eingerichtet werden. Die Kommission befasst sich mit Restitutions-, Kompensations- und Tauschanträgen.

Häuser auf ursprünglich griechisch-zypriotischem Land befindet.

Am 8. August überquerten mehr als 2.000 türkische Zyprioten am Checkpoint Limnitis/Yesilirmak die grüne Linie, um den 51. Jahrestag des Bombardements von Tylliria/Dilirga im Jahr 1964 zu begehen.² Der Präsident der TRNZ³, Mustafa Akinci, nahm ebenfalls an der Gedenkfeier teil. Die Bewohner der Umgebung veranstalteten einen friedlichen Protest und forderten die Öffnung eines Überganges bei der ehemaligen türkisch-zypriotischen Enklave.

Am 13. August trafen sich der UN-Sondergesandte für Zypern, Espen Barth Eide, und der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu zu

² Nach dem Beginn der interkommunalen Gewalt im Dezember 1963 schufen die türkischen Zyprioten in Kokkina/Erenköy einen Brückenkopf, um den Nachschub an Waffen, Freiwilligen und anderem Material aus der Türkei zu sichern. Die griechischen Zyprioten betrachteten dies als eine massive Bedrohung und griffen den Brückenkopf an. Die Türkei beantwortete dies mit der Bombardierung griechisch-zypriotischer Stellungen durch die Luftwaffe. Mehr als 50 Menschen, darunter 19 Zivilisten, kamen dabei ums Leben. Eine mögliche Invasion durch die türkische Armee und eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die zu einem Waffenstillstand aufrief, beendeten die Konfrontation am 10. August 1964.

³ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das *Acquis communautaire* ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Gesprächen in Ankara. Eide informierte den türkischen Außenminister über den Fortgang in den Verhandlungen und zeigte sich über die Unterstützung der Türkei zufrieden. In seinem Social Media Account bezeichnete Eide das Treffen als erfolgreich und fügte hinzu, dass die Hilfe der Türkei in den Zyperngesprächen notwendig sei. Eide wurde auch von dem Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Feridun Sinirlioglu, empfangen. Die beiden Politiker besprachen Eigentums- und territoriale Fragen sowie die Rolle der Garantiemächte.

Am 14. August jährte sich die zweite Phase der türkischen Invasion zum 41. Mal. Der Einmarsch türkischer Truppen fand nach dem Scheitern der Genfer Gespräche statt und hatte die de-facto Teilung der Insel zur Folge.

Nach Angaben der griechisch-zypriotischen Tageszeitung *Politis* und der türkischen Tageszeitung *Sabah* schlossen die beiden Volksgruppenvertreter eine Vereinbarung hinsichtlich des zahlenmäßigen Verhältnisses griechischer und türkischer Staatsbürger in einer zukünftigen Föderation ab, welches bei vier griechischen zu einem türkischen Zyprioten liegen soll.

Am 26. August änderte die Europäische Kommission die Regulierung zur Grünen Linie hinsichtlich des Güter- und Personenverkehrs in der Pufferzone, indem die beiden Übergänge bei Dheryneia/Dherynia und Lefka/Lefke-Apliki/Aplic auf die offizielle Liste der genehmigten Übergänge hinzugefügt wurden. Die Öffnung des Übergangs bei Dherynia wurde bereits im Mai als Teil der von Anastasiades und Akinci vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen

beschlossen. Es besteht jedoch Uneinigkeit über den genauen Verlauf der Straße, die zum Checkpoint führen soll. Die türkisch-zypriotische Seite spricht sich für eine neue Route aus und begründet dies mit Sicherheitserwägungen während die griechischen Zyprioten die bestehende Straße nutzen wollen.

Die beiden Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis und Ozdil Nami führten ihre Treffen bis zum 7. August fort. Nach einer zweiwöchigen Pause nahmen die beiden Unterhändler am 25. August die Treffen wieder auf, um das nächste Treffen der beiden Volksgruppenvertreter vorzubereiten. Auf ihrem Treffen berieten sich Mavroyiannis und Nami über Eigentums- und Territorialfragen sowie darüber, wie sich eine künftige Regierung gestalten soll. Das nächste Treffen zwischen Anastasiades und Akinci ist für den 1. September vorgesehen. Danach wollen sich die beiden Politiker voraussichtlich wieder am 14. August treffen.

In einem Interview der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung *Hurriyet Daily*, sagte der Vorsitzende des Zypriotischen Arbeitgeber- und Industrieverbandes (OEB), Christos Michaelides, dass ein vereinigt Zypern mit einer funktionsfähigen Lösung für die Türkei von Vorteil sei. Zypern könne für die Türkei die gleiche Rolle einnehmen wie Hong Kong für China. Zypern sei bereits ein Handelszentrum und habe enge Beziehungen zu einer Reihe von Staaten. Es sei wichtig, dass die Unternehmer auf eine Lösung hinarbeiteten. Als er auf den Sinneswandel der griechisch-zypriotischen Unternehmer angesprochen wurde, sagte Michaelides, dass in

Folge der Wirtschaftskrise alle Beteiligten klüger geworden seien.

Im August führte das Komitee für vermisste Personen (Committee on Missing Persons – CMP) seine Bemühungen fort, die Überreste der während der interkommunalen Auseinandersetzungen umgekommenen Personen aufzufinden, zu identifizieren und an ihre Angehörigen zu übergeben. Am 17. August begann das CMP neue Ausgrabungen in einer militärischen Zone hinter dem Hauptgefängnis in Nord-Nikosia, wo die Überreste von 40-50 griechischen Zyprioten vermutet werden. Das türkisch-zypriotische Mitglied des CMP, Gulden Plumer Kucuk, gab an, dass ca. 40–50 griechische Zyprioten 1974 an unterschiedlichen Stellen ums Leben gekommen seien. Es sei damals der Versuch unternommen worden, die Leichen mit Hilfe der UN an die zypriotischen Behörden zu übergeben, was die griechisch-zypriotischen Stellen jedoch abgelehnt hätten. Daraufhin seien die Leichen in dem nun untersuchten Gebiet begraben worden. Nach Angaben des die Ausgrabungen koordinierenden türkisch-zypriotischen Anthropologen Okan Oktay würden derzeit an neun verschiedenen Stellen Ausgraben vorgenommen, zwei davon befänden sich im Süden und sieben im Norden.

Nach Aussagen der Oberkommandierenden der UNFICYP, Generalmajorin Kristin Lund, sei der Großteil der Pufferzone von Minen befreit. Zwischen 2004 und 2011 seien über 27,000 Landminen entschärft worden. Lund begleitete Pressevertreter zu einem Minenfeld in der Nähe des Dorfes Mammari in der Pufferzone, wo eine Gruppe kambodschanischer Minenexperten seit

Ende Mai daran arbeiten, die durch die Überschwemmungen im Winter von einem Militärgebiet in die Pufferzone angetriebenen Minen zu entschärfen. Lund zufolge sei das Gebiet entmint und sicher. Sie fügte hinzu, dass UNFICYP mit den türkisch-zypriotischen Behörden im Norden zusammenarbeite, um ein künftiges Anschwemmen von Minen aus dem Norden zu verhindern. Die türkisch-zypriotischen Behörden stimmten einer Entminung des Gebietes nördlich der Pufferzone zu. Die Entscheidung von Präsident Nicos Anastasiades, Informationen über 28 im Norden gelegene Minenfelder zu übergeben, sei ein wichtiger Schritt hin zu einem minenfreien Zypern und trage zur Schaffung von Vertrauen zwischen beiden Seiten bei. Lund fügte hinzu, dass 25 dieser Gebiete kein Risiko darstellten und dass UNFICYP jede mögliche Hilfe bereitstelle, um die restlichen Minenfelder zu säubern.

2. Gasvorkommen

Am 19. August autorisierte das Kabinett Energieminister Giorgos Lakkotrypis eine zweijährige Verlängerung der Explorationslizenz innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns mit dem italienisch-südkoreanischen Konsortium ENI-KOGAS zu verhandeln. Das Unternehmen bat um eine Verlängerung bis Februar 2018 um das geologische Modell neu zu berechnen, nachdem das Konsortium nach zwei fehlgeschlagenen Probebohrungen in Block 9 keine verwertbaren Gasvorkommen gefunden hatte.

In einer vom israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu am 13. August bekannt gegebenen Vereinbarung zwischen dem israelischen Unternehmen Delek und dem amerikanischen Unternehmen Noble Energy haben sich beide Firmen dazu verpflichtet, in den kommenden zwei Jahren 1,5 Milliarden US-Dollar in die Entwicklung des israelischen Leviathan-Feldes, zu investieren. Noble hat dabei die folgenden Märkte im Fokus:

- Erstens soll Gas zur Verflüssigung mit Hilfe einer Pipeline nach Ägypten gepumpt und anschließend nach Europa exportiert werden.
- Zweitens soll eine Pipeline in die Türkei und möglicherweise nach Europa gebaut werden.
- Drittens sollen die Vorkommen des Leviathan- und des zypriotischen Aphrodite-Feldes mit Hilfe einer Verflüssigungsanlage in Zypern nach Europa exportiert werden.

Am 30. August gab das italienische Unternehmen ENI die Entdeckung der größten Offshore-Gasvorkommen im Mittelmeer im sogenannten Zohr-Block in der ausschließlichen Wirtschaftszone Ägyptens bekannt. Die Vorkommen, die sich in einem 100 km² großen Gebiet befinden, könnten sich möglicherweise auf 30 Trillionen Kubikfuß (tcf) belaufen und somit den ägyptischen Energiebedarf für mehrere Jahrzehnte decken. Lakkotrypis zufolge könnte das Feld, welches sich in der Nähe der zypriotischen Blöcke 10, 11 und 12 befindet, die Hoffnungen auf zusätzliche Reserven auf zypriotischer Seite nähren. Nach Gesprächen mit seinem ägyptischen Amtskollegen gab Lakkotrypis bekannt,

dass die Pläne für Transport zypriotischen Gases aus dem Aphrodite-Feld nach Ägypten mit Hilfe einer Unterwasserpipeline weiter verfolgt würden. Dennoch werden die neuen Funde geologische, geopolitische sowie wirtschaftliche Konsequenzen für die Energiekonzepte in der Region haben. Nach Meinung des Energieexperten Charles Ellinas werden die Funde nicht nur Ägyptens, sondern auch Israels Nachfrage nach zypriotischem Gas beenden. Die zwei verbleibenden Optionen für Zypern seien daher eine Pipeline in die Türkei und möglicherweise Europa oder das Zusammenlegen der Ressourcen aus dem israelischen Leviathan- mit dem zypriotischen Aphrodite-Feld mit Hilfe einer Verflüssigungsanlage in Zypern, um das Gas nach Europa zu exportieren. Andererseits machte die ägyptische Regierung deutlich, dass die mit der zypriotischen Regierung getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Lieferungen zypriotischen Gases an Ägypten weiterhin gültig seien.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank nahm der Umfang der faulen Kredite bei den zypriotischen Banken im Juli zu und lag bei 46,37% (68,2 Millionen Euro) im Vergleich zu 46,02% im Juni. Die Zunahme der faulen Kredite betraf vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Zwischen Januar 2014 und März 2015 nahmen die Banken Umschuldungen fauler Kredite in Höhe von 4,9 Milliarden Euro vor. Dies entspricht 19,2% aller faulen Kredite aller

Banken, die am 31. März 2015 bei 26,5 Milliarden Euro lagen. In diesem Zeitraum wurden 26.000 Kredite umstrukturiert. Nach Auffassung der Troika⁴ ist der große Umfang der faulen Kredite die größte Gefahr für die zypriotische Wirtschaft.

Die Einlagen bei zypriotischen Banken nahmen im Juli im Vergleich zum Juni um 238 Millionen Euro zu und lagen insgesamt bei 46,2 Milliarden Euro.

Nach Angaben des Direktors des zypriotischen Tourismusverbandes lag die Zahl der ankommenden Touristen im Juli bei 1.450.427. Dies ist die höchste Zahl seit 2002 und das drittbeste Ergebnis seit den Jahren 2000 und 2001. Die Zahl der Touristen lag im Juli bei 414.527 was eine Zunahme von 8,5% im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht, und ebenfalls ein Rekord ist. Trotz dieser Zunahme sind die Einnahmen aus dem Tourismus um 14,6% gesunken, was auf einen Rückgang um 23% bei den russischen Touristen und insgesamt kürzeren Aufenthalten zurückzuführen ist. Außerdem haben die Touristen im Durchschnitt weniger Geld ausgegeben.

Am 19. August begann die Bank of Cyprus mit Zwangsversteigerungen von verschuldeten Immobilien, wobei Erstwohnsitze und sozial schwache Gruppen ausgeschlossen waren. Bei den 25 ersten Fällen handelte es sich um Gewerbeimmobilien.

Nach dem Crash an der chinesischen Börse und der damit verbundenen Abwertung des Yuan und anderer asiatischer Währungen betonte Finanzminister Harris Georgiades, dass die zypriotische Wirtschaft keine negativen Auswirkungen befürchten müsse und die Nachfrage nach zypriotischen Staatsanleihen zunehmen könnte. Dem widersprach Elena Constantinou, Chief Asset Manager bei Ultimate Performance Management LTD in Nikosia. Ihrer Meinung nach könne sich eine weltweite Konjunkturabschwächung auf verschiedene Weise negativ auf Zypern auswirken. Demnach könnte ein weiteres Absinken des Ölpreises die russische Wirtschaft weiter schwächen, die stark von Öl- und Gasexporten abhängt, was wiederum die Registrierung ausländischer Firmen in Zypern beeinträchtigen und sich somit negativ auf die für Zypern wichtige Wirtschaftszweige wie Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsunternehmen und den Tourismus auswirken könnte.

Das in Limassol ansässige Ratingunternehmen Capital Intelligence bewertete die langfristigen und kurzfristigen Fremdwährungsverbindlichkeiten Zyperns mit B und verbesserte die Ausichten von stabil auf positiv, was zu einer weiteren Aufwertung innerhalb der nächsten 24 Monate führen könnte. Die Bewertung beruht auf einer besseren Wirtschaftsleistung als erwartet und die Zusage der Regierung, die anstehenden Reformen durchzuführen sowie dem erwarteten leichten Wirtschaftswachstum im Jahr 2015.

⁴ Die Troika setzt sich aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) zusammen.

Innenpolitische Entwicklungen

Eine private Informationsveranstaltung des griechisch-zyprischen Verhandlungsführers Andreas Mavroyiannis über die Fortschritte bei den Friedensverhandlungen verursachte neue Spannungen innerhalb der DIKO. Die am 26. August von dem ehemaligen Parteivorsitzenden Marios Garoyian organisierte Veranstaltung vor Parteikadern rief Verärgerung auf Seiten des derzeitigen Parteivorsitzenden Nicolas Papadopoulos hervor. Garoyian beschuldigte Papadopoulos, dass er ihn außen vor lasse und von offiziellen Parteiveranstaltungen ausschließe. Papadopoulos hingegen beschuldigte Garoyian, dass jener nicht an wichtigen Parteiversammlungen teilnehme, auch jene Versammlung, auf welcher das Zypernproblem besprochen worden sei. Ideologische Differenzen hinsichtlich des Zypernproblems haben innerhalb der DIKO zwei Lager geschaffen: das von Garoyian vertretene moderate und ein hardline, von Papadopoulos repräsentiertes Lager. Ende Juni verfasste Garoyian einen Leitartikel, in welchem er die Parteiführung für ihre reaktionäre Haltung in der Zypernfrage kritisierte. Dies führte zu einer Retourkutsche auf Twitter und Facebook. Es wird erwartet, dass Garoyian entweder aus der DIKO austritt und eine neue Partei mit Gleichgesinnten gründet oder dass er versucht, die Parteiführung wieder zu erlangen.

Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften

Das Kabinett verständigte sich auf einen Gesetzesentwurf, welcher die Versetzungen von Arbeitnehmern im öffentlichen und halb-öffentlichen Dienst regelt. Der Gesetzesentwurf

wird nun dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Der Entwurf, welcher Teil einer generellen Reform des öffentlichen Dienstes ist, sieht die Möglichkeit einer Versetzung von Arbeitnehmern im öffentlichen und halb-öffentlichen Dienst für die Dauer von drei Jahren und einer möglichen Verlängerung vor, während die Position des Arbeitnehmers innerhalb des öffentlichen Dienstes und die damit einhergehenden Rechte und Verpflichtungen beibehalten werden.

Ein durch die EU finanziell gefördertes und von griechisch- und türkisch-zyprischen Unternehmen unterstütztes Austauschprogramm für Praktikanten wurde unter der Schirmherrschaft der beiden Handelskammern ins Leben gerufen, um jeweils zwölf griechisch- und türkisch-zyprischen jungen Arbeitslosen zu einem dreimonatigen Praktikumsplatz auf der anderen Seite zu verhelfen. Die Praktikanten sollen das Betätigungsfeld selbst wählen können und eine Bezahlung von monatlich 500 Euro erhalten, während den 24 teilnehmenden Unternehmen keine Kosten entstehen sollen.

Das Telekommunikationsunternehmen CYTA wird nach Plänen der Regierung das erste halbstaatliche Unternehmen sein, welches privatisiert werden soll. Nach Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung, soll das Kabinett alle notwendigen Gesetzesentwürfe ausarbeiten und an das Parlament zur Abstimmung weiterleiten, damit die entsprechenden Gesetze im Dezember in Kraft treten können. Nach Angaben der Regierung sollen die Rechte aller Arbeitnehmer geschützt werden. Die Arbeitnehmer sollen während des Privati-

sierungsprozesses aus verschiedenen Optionen wählen können. Die Gewerkschaften lehnen die Privatisierungen nach wie vor ab, stehen aber in Verhandlung mit der Regierung, um die Arbeitnehmerrechte zu schützen, falls die Privatisierung voranschreitet. Die Optionen für CYTA-Angestellte, die nicht in der privatisierten CYTA LTD, deren Anteile verkauft werden sollen, ohne Beamtenstatus weiter arbeiten wollen, sind wie folgt:

- a) Sie können bei der CYTA LTD auf der Basis eines Arbeitsvertrages angestellt werden, behalten aber weiterhin ihren Status als öffentliche Beamte mit Hilfe einer unbefristeten, unbezahlten Freistellung und das Recht wieder bei der CYTA zu arbeiten.
- b) Freiwillige Kündigung und Ausgleichszahlungen.
- c) Versetzung an ein anderes staatliches Unternehmen.
- d) Versetzung an die CYTA LTD mit Beibehaltung ihres Beamtenstatus mit Hilfe eines Dienstleistungsvertrages zwischen CYTA LTD und CYTA.

Im Falle einer Privatisierung werden alle kommerziellen Aktivitäten durch die CYTA LTD durchgeführt während CYTA in ihrer derzeitigen Form bestehen bleibt und die Vermögenswerte und Infrastruktur als staatliches Unternehmen weiterhin verwaltet.

Nach einer Einigung zwischen der Bankenvereinigung KEST und der ETYK, der größten Gewerkschaft für Bankangestellte, wurden die Öffnungszeiten der Banken geändert. Seit dem 10. August und bis Ende 2016 werden die An-

gestellten täglich von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 14.30 Uhr arbeiten, während die Banken täglich von 8.00 Uhr bis 14.30 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr für die Kunden geöffnet sind.

Außenpolitik

Am 4. August unterzeichneten der zypriotische Finanzminister Harris Georgiades und der iranische stellvertretende Finanzminister Ali Asgari ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie ein Amtshilfeabkommen gegen Steuerflucht. Damit wurde die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit der beiden Länder geschaffen. Die Vereinbarungen wurden geschlossen, nachdem im Juli die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm aufgehoben wurden. Zypern könnte von einer Stärkung der Handelsbeziehungen mit Iran profitieren, besonders im Energiebereich sowie in der Luftfahrt und eine Brücke zwischen der EU und dem Iran für den Export iranischer Produkte in den Rest Europas sein. Zypriotische Unternehmen könnten ihre Aktivitäten in den Iran ausweiten und technisches Knowhow im Pharmabereich und bei der Meerwasserentsalzung anbieten.

Am 6. August vereinbarten der griechische Premierminister Alexis Tsipras und der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi ein weiteres trilaterales Treffen der Staatsoberhäupter, an dem auch der zypriotische Präsident teilnehmen soll. Die Vereinbarung soll während der Einweihung des neuen Abschnittes des Suez-Kanals getroffen worden sein.

Der zypriotische Verteidigungsminister Christoforos Fokaides diskutierte am 4. August mit seinem israelischen Amtskollegen Moshe Ya'alon eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen. In einer Mitteilung nach dem Treffen wurde bekannt gegeben, dass beide Seiten einen Kooperationsausschuss schaffen wollen und die Rahmenbedingungen für bilaterale Vereinbarungen bei Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit Hilfe eines sogenannten Stationierungsabkommens ausbauen wollen. Die Vereinbarungen sind Teil einer Vielzahl vorgesehener Maßnahmen beider Länder mit dem Ziel die Zusammenarbeit im Mittleren Osten und Nordafrika zu intensivieren. Beide Minister teilen die Einschätzung, dass Zypern und Israel Teil einer geopolitisch unsicheren Region seien, die durch asymmetrische Bedrohungen, Terrorismus und humanitären Krisen gekennzeichnet sei und dass eine koordinierte Zusammenarbeit höchste Priorität habe.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach einem Beschluss des Kabinetts vom 31. August, wurden die Wechselkurse für Zölle, Steuern und Einfuhrgebühren für 90 Tage fixiert, um die Folgen der Abwertung der türkischen Lira auf die türkisch-zypriotische Wirtschaft zu mildern. Dies schließt jedoch nicht Zigaretten, alkoholische Getränke, Fahrzeuge und Kraftstoffe mit ein. Premierminister Omer Kalyoncu erklärte, dass der Wechselkurs aus

den durchschnittlichen Kursen zwischen März und August errechnet wird basierend auf Angaben der Zentralbank. Die neuen Kurse sind wie folgt: 1 US-Dollar = 2,70 TL; 1 britisches Pfund = 4,14 TL; 1 Euro = 2,97 TL. Am 4. September waren die Kurse wie folgt: 1 US-Dollar = 2.96 TL; 1 britisches Pfund = 4,54 TL; 1 Euro = 3.33 TL.

Eine weitere wichtige Phase beim Bau der Pipeline zwischen der Türkei und dem Norden wurde am 7. August abgeschlossen, als das letzte Teilstück der 80 km langen Pipeline eingesetzt wurde. Das von dem türkischen „Drachenfluss“ kommende Wasser soll in zehn Tagen Zypern und Ende des Monats Nikosia erreichen. Veysel Eroglu, der türkische Minister für Forst- und Wasserwirtschaft, kündigte an, dass ab dem 31. Dezember 2015 frisches Quellwasser aus dem Taurus-Gebirge aus allen Wasserhähnen des Nordens fließen werde. Im Falle einer Lösung des Zypernproblems werde das Wasser mit den griechischen Zyprioten geteilt und so eine Basis für einen langanhaltenden Frieden auf der Insel sein. „Unsere Verantwortung endet am Gecitkoy Staudamm. Die Verteilung des Wassers wird Aufgabe der entsprechenden türkisch-zypriotischen Behörden sein,“ fügte Eroglu hinzu. Auf diese Weise wurde die Debatte über das Wassermanagement beendet und eine direkte Einmischung der Türkei ausgeschlossen. Mit Hilfe der Pipeline soll jährlich 75 Millionen Kubikmeter Wasser aus der Türkei nach Zypern gepumpt werden. Die Pipeline liegt zwischen 250 – 280 m unter der Wasseroberfläche. Das Projekt soll den Bedarf an Trink- und landwirtschaftlich

genutztem Wasser im Norden für die nächsten 50 Jahre decken.

In der Zwischenzeit stellte der türkische Minister für Energie und Rohstoffe, Taner Yildiz, einen Plan für die Versorgung des Nordens mit türkischem Strom vor. Yildiz zufolge könnten dadurch die Elektrizitätskosten um ein Drittel verringert werden. Der Plan soll mit Hilfe privater Unternehmen umgesetzt werden.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 11. August bewertete der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Akinci auf einer Pressekonferenz seine ersten hundert Tage im Amt. Er erklärte, dass er an insgesamt sieben Treffen mit dem griechisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Anastasiades teilgenommen habe, während sich die Verhandlungsführer öfter getroffen hätten. Außerdem würden die technischen Ausschüsse ihre Arbeit unverändert weiterführen. Bezüglich der bisher behandelten Themen, sagte Akinci, dass bei den Kapiteln Regierung und Machtteilung Fortschritte gemacht worden seien. Eine elektronische Version der auf der Pressekonferenz vorgestellten Broschüre ist auf der folgenden Webseite zugänglich:

[http://www.kktcb.org/cb100gun-4c\(eng\).pdf](http://www.kktcb.org/cb100gun-4c(eng).pdf)

Während einer Sitzung des Kabinetts gab Akinci seine Erwartungen hinsichtlich der neuen Regierung bekannt und informierte die Kabinettsmitglieder über den Verhandlungsprozess. Akinci erklärte, dass die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der neuen, aus den beiden

größten Parteien bestehenden Regierungskoalition zugenommen hätten. Die Regierung habe angekündigt, dass sie Reformen durchführen wolle. Akinci hoffe, dass dies gelingen werde.

Präsident Akinci informierte die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien und gab bekannt, dass der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Ozdil Nami die Parteivorsitzenden ab September wöchentlich über die Entwicklung der Gespräche informieren werde.

Im August lag die Zahl der sich um den Parteivorsitz der National Unity Party (UBP) bewerbenden Kandidaten bei sechs. Die Kandidaten sind der Abgeordnete für Nikosia und amtierende Vorsitzende Huseyin Ozgurgun, der Abgeordnete für Nikosia Ersin Tartar, der Abgeordnete für Iskele (Trikomo) Nazim Cavusoglu, der Abgeordnete für Kyrenei Unal Ustel sowie der Abgeordnete für Famagusta Ersan Saner. Der Parteitag ist für den 31. Oktober geplant.

Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften

Nach einer Reihe von Treffen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie der Regierung im Ministerium für Inneres und Arbeit, wurde das Mindesteinkommen auf 1730 TL (516 Euro) pro Monat, 400 TL pro Woche, 80 TL pro Tag und 10 TL pro Stunde festgelegt. Nach Aussagen des Vorsitzenden des Ausschusses zur Festlegung des Mindestlohnes, Ismet Lisaniler, wurde Betrag von der Regierung vorgeschlagen und von allen beteiligten Parteien angenommen. Die Erhöhung des Mindesteinkommens um 55 TL wird am 1. September in Kraft treten. Durch die Erhöhung wird jedoch

nicht die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöht, da sich die türkische Lira im Abwärtstrend befindet. Im November 2014 lag das Mindesteinkommen noch bei umgerechnet 605 Euro.

In der ersten Augustwoche gab die türkisch-zypriotische Regierung ein einwöchiges Verbot für alle Arbeiten im Freien zwischen 12 Uhr und 16 Uhr aufgrund der Hitzewelle bekannt. Mehrere Stadtverwaltungen hatten die Arbeitszeiten für jene Angestellten, die im Freien arbeiteten, ebenfalls geändert oder ausgesetzt

Außenpolitik

Die türkische-zypriotische Außenministerin Emine Colak absolvierte ihren ersten offiziellen Besuch in Ankara, wo sie von dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, Premierminister Ahmet Davutoglu und ihrem türkischen Amtskollegen Mevlut Cavusoglu sowie dem türkischen Minister für Europaangelegenheiten und Hauptverhandlungsführer, Volkan Bozkir, empfangen wurde.

Während ihres Besuches in Ankara unterzeichneten Colak und Cavusoglu ein Kooperationsprotokoll für den Bereich Informationstechnologie. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Cavusoglu mit Bezug auf die Friedensverhandlungen in Zypern, dass die beiden Minister sehr detaillierte Gespräche geführt hätten. Er hoffe, dass die derzeitige positive Atmosphäre in Zypern genutzt werde und sich diese in Form einer Lösung manifestieren werde. Die Türkei wolle eine schnelle Fortführung des Prozesses und freie

sich über die auf beiden Seiten bestehende Ernsthaftigkeit.

Der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Ozdil Nami kam zu einem Arbeitsbesuch nach Ankara, wo er sich mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu über den Verlauf der Friedensverhandlungen austauschte.

Der Bürgermeister für Nord-Nikosia Mehmet Harmanci traf sich mit dem Generalsekretär der Organisation für islamische Städte und Hauptstädte (OICC), Omar Abdullah Kadi, und unterzeichnete eine Vereinbarung zur Erneuerung von Nikosias Mitgliedschaft in der Organisation. Harmanci informierte Kadi über die finanziellen Schwierigkeiten Nikosias und bat um konkrete Hilfen durch die OICC bei der Lösung der Probleme. Kadi sagte zu, dass er sich um das Problem kümmern und die Bitte den OICC-Mitgliedern vorlegen werde, sobald die Mitgliedschaft Nikosias erneuert worden sei.

5. FES Zypern Veranstaltungen



September

Montag 28. und Dienstag 29.09.2015

Montag: 9.00 – 17.00

PRIO / FES
Konferenz und Workshop

International Best Practices in Combating Human Trafficking

Nicosia, Chateau Status, UN Pufferzone, Zypern

Montag: Konferenz, öffentliche Veranstaltung
Dienstag: Workshop, nicht-öffentliche
Veranstaltung



Oktober

Freitag 09.10.2015 bis

Sonntag 11.10.2015

PCC / LSE / FES
Konferenz

The Everyday Lives of Sovereignty: Contests and Conflicts in a Transnational Era

Nicosia, Chateau Status, UN Pufferzone, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

Freitag 23.10.2015 bis

Sonntag 25.10.2015

FES
Konferenz

Journalisten Seminar

Chateau Status Nicosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



Freitag 30.10.2015

Jean-Monet Chair-UNIC / FES
Konferenz

Chances of Economic Recovery in the European South

University of Nicosia
Nicosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com